






## Vergleich der Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE, FDP mit den Forderungen der Volkssolidarität zur Bundestagswahl 2021 - Synopse -







					
Forderungen der Volkssolidarität zur Bundestagswahl 2021: <b>Mit Solidarität zu mehr sozialer Gerechtigkeit</b>	Wahlprogramm zur BTW 2021 veröffentlicht am 21.06.2021 <b>Das Programm für Stabilität und Erneuerung. GEMEINSAM FÜR EIN MODERNES DEUTSCHLAND.</b> (139 Seiten)	Wahlprogramm zur BTW 2021 veröffentlicht am 9.05.2021 <b>Das Zukunftsprogramm. Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben</b> (65 Seiten)	Wahlprogramm zur BTW 2021 veröffentlicht am 13.06.2021 <b>Grünes Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 Deutschland. Alles ist drin.</b> (271 Seiten, barrierefrei)	Wahlprogramm zur BTW 2021 veröffentlicht am 19.07.2021 <b>Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!</b> (162 Seiten)	Wahlprogramm zur BTW 2021 veröffentlicht am 16.05.2021 <b>Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der Freien Demokraten</b> (68 Seiten)



- |   |
|---|
| 1. Thema: Reichtum verteilen – Sozialstaat stärken                                    |
| 2. Thema: Menschenwürdige Grundsicherung und existenzsichernde Arbeit                 |
| 3. Thema: In Würde altern – für eine Rente, die den Lebensstandard sichert            |
| 4. Thema: Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West                          |
| 5. Thema: Kindergrundsicherung als Grundpfeiler von Armutsprävention                  |
| 6. Thema: Daseinsvorsorge für Kinder, Jugendliche und Familien flächendeckend sichern |
| 7. Thema: Gesundheit und Pflege solidarisch sichern                                   |
| 8. Thema: Tarifvertrag in der Altenpflege   |
| 9. Thema: Demokratie stärken – Beteiligung fördern                                    |
| 10. Thema: Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit                            |






					
<b>1. Reichtum verteilen – Sozialstaat stärken</b>					
<p>S. 5 <b>Politik der Umverteilung</b> von unten nach oben beenden</p> <p><b>allen Menschen gleiche Chancen</b> eröffnen und gesellschaftlicher Spaltung entgegenwirken</p> <p><b>gerechte Steuerpolitik</b> als Schlüssel zu einem auf Gemeinwohl ausgerichteten Sozialstaat</p> <p>große <b>Vermögen</b> und hohe Einkommen stärker an <b>Finanzierung des Gemeinwesens</b> beteiligen</p>	<p>S. 35 <b>Unternehmen von Steuern und Bürokratie entlasten</b></p> <p>S. 72 <b>Steuerschlupflöcher schließen, Steuerhinterziehung &amp; schädliche Formen des Steuerwettbewerbs wirksam unterbinden</b> und aggressive Steuergestaltungen bekämpfen</p> <p>S. 73 <b>Teilhabe geht vor Umverteilung</b></p> <p>Vermögensaufbau für alle Menschen attraktiv gestalten – unabhängig von Beschäftigungsverhältnis und Einkommen</p> <p>S. 74 Keine Wiedereinführung der Vermögensteuer, <b>Vermögensteuer ist eine Wohlstandsbremse</b></p>	<p>S. 22 <b>gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug</b> konsequent vorgehen</p> <p>Umgehung der Grunderwerbsteuer (<b>Share Deals</b>) <b>beenden</b></p> <p><b>Steuervermeidung</b> mit einem öffentlichen Reporting großer, international agierender Unternehmen <b>eindämmen</b>.</p> <p><b>Einkommen gerechter besteuern</b></p> <p><b>Steuern</b> für die Mehrheit <b>senken</b></p> <p>Einkommensteuerreform, die <b>kleine und mittlere Einkommen besserstellt</b></p> <p><b>obere fünf Prozent</b> stärker für die <b>Finanzierung öffentlicher Aufgaben</b> heranziehen</p>	<p>S. 91 ff. alle <b>Veränderungen im Steuerrecht</b> müssen mindestens <b>aufkommensneutral</b> sein</p> <p><b>Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöhen</b>, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten</p> <p><b>Spitzensteuersatz moderat anheben</b> (ab Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Paare &gt; Steuersatz von 45 %; 250.000 bzw. 500.000 Euro &gt; Spitzensteuersatz von 48 %).</p> <p><b>Managergehälter oberhalb von 500.000 Euro nicht mehr zum Abzug als Betriebsausgaben zulassen</b></p> <p><b>Kapitalerträge unter Beibehaltung des Sparerfreibetrages</b> mit dem</p>	<p>S. 17 <b>verbindliche Obergrenzen für Manager*innen- und Vorstandsgehälter:</b> Sie dürfen nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen betragen</p> <p><b>Jahresgehälter über einer halben Million Euro nicht mehr steuerlich abzugsfähig</b></p> <p>S. 25 Sozialstaat durch <b>soziale Garantien auf Basis solidarischer Umlagesysteme</b></p> <p>garantiertes <b>Mindesteinkommen von 1.200 Euro</b> in jeder Lebenssituation</p> <p>S. 104 <b>Abschaffung der Schuldenbremse</b></p> <p><b>Investitionsförderung zum Ausbau sozialer</b></p>	<p>S. 8 f. <b>Abgabenquote unter 40 Prozent senken</b></p> <p>„Chancentarif“ bei der Einkommensteuer &gt; <b>Spitzensteuersatz erst ab Einkommen von 90.000 Euro</b></p> <p>S. 10 <b>Doppelbesteuerung von Renten verhindern und Beweislastumkehr zugunsten der Steuerpflichtigen</b> einführen</p> <p>S. 11 f. Höhe der <b>Sozialausgaben grundsätzlich bei 50 Prozent des Bundeshaushalts deckeln</b></p> <p><b>Schuldenstandsquote unter die 60-Prozent-Marke senken</b></p> <p>große internationale <b>Unternehmen sollen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten</b></p>

VOLKSSOLIDARITÄT					
		<p><b>Aufschlag von drei Prozentpunkten</b> bei Verheirateten für den zu versteuernden Einkommensanteil <b>oberhalb von 500.000 Euro im Jahr</b> (Ledige ab 250.000 Euro)</p> <p>Steuerrecht stärker auf Partnerschaftlichkeit ausrichten</p> <p>S. 23 <b>Vermögensteuer</b> wieder in Kraft setzen</p> <p>maßvoller, einheitlicher <b>Steuersatz von einem Prozent für sehr hohe Vermögen</b></p> <p><b>hohe persönliche Freibeträge</b>, so dass sich die Steuerbelastung auf besonders vermögende Teile der Bevölkerung konzentriert</p> <p>S. 25 innovative <b>Regierungsprojekte in Plattformen organisieren</b></p> <p><b>Modernisierungsoffensive für den öffentlichen Dienst</b></p>	<p>individuellen Steuersatz veranlagen</p> <p><b>große Vermögen</b> oberhalb von 2 Millionen Euro pro Person <b>wieder besteuern</b> (jährlich 1 %)</p> <p><b>Ungerechtfertigte Umsatzsteuerausnahmen abbauen</b></p> <p><b>gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern und einen Mindeststeuersatz von mittelfristig 25 Prozent</b> ohne Ausnahmen in der EU einführen</p>	<p><b>Dienstleistungen</b> in öffentlicher Hand</p> <p><b>Wiedereinführung der Vermögensteuer</b></p> <p><b>Rekommunalisierungsfonds</b> des Bundes für Mittel für die Kommunen Mittel für die Rekommunalisierung von Wohnungen, Krankenhäusern, Wasser- und Energieversorgung</p> <p>verbindliches <b>Anhörungs- und Mitwirkungsrecht der Kommunen</b> auf Bundesebene, um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen und Kommunen zu schaffen ff.</p> <p>kommunalen Haushalte müssen von <b>Sozialleistungen</b> entlasten</p> <p><b>Förderung des Ehrenamts muss gewährleistet werden</b>, und deshalb dürfen kommunale Aufwandsentschädigungen nicht auf Leistungen des SGB II und des BAföG anrechnen zur Förderung des Ehrenamtes</p>	

					
		<p><b>Prinzipien offenen Regierungshandelns</b> - neue Wege der unmittelbaren Beteiligung an staatlichen Entscheidungen (z.B. Bürgergerräte)</p>			
<p><b>2. Menschwürdige Grundsicherung und existenzsichernde Arbeit</b></p>					
<p>S. 5 f. <b>Recht auf eine Grundsicherung</b> haben, für Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen keine Arbeit finden oder nicht erwerbstätig sein können</p> <p>bedarfsgerechte <b>Anhebung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro.</b></p> <p><b>existenzsichernde Arbeit und angemessene Erwerbseinkommen</b> ein</p> <p><b>gesetzlichen Mindestlohn für armutsfeste Rente</b> weiterentwickeln</p> <p><b>Tarifbindung im gesamten Bundesgebiet</b> stärken</p>	<p>S. 60 <b>Bezieher staatlicher Transferleistungen im Rentenalter sollen grundsätzlich in ihrem Wohneigentum bleiben</b> und eine angemessene Notlagenreserve behalten</p> <p><b>Regelungen zur Vermögensverwertung und zum Schonvermögen in der Grundsicherung im Alter anpassen</b></p> <p>Konzept „<b>Betriebliche Altersvorsorge für alle</b>“ entwickeln</p> <p>S. 61 <b>Kein bedingungsloses Grundeinkommen</b></p> <p><b>Sanktionsmechanismen im SGB II beibehalten</b></p>	<p>S. 27 ff. <b>Vollbeschäftigung mit gerechten Löhnen</b> &gt; „Recht auf Arbeit“</p> <p>Möglichkeit vereinfachen, <b>Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären</b> die für Beschäftigte und Arbeitgeber*innen in allen Branchen gelten &gt; müssen weitergelten, wenn Betriebe aufgespalten und ausgelagert werden</p> <p>öffentlicher <b>Auftrag darf nur an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen.</b> Dazu schaffen wir ein <b>Bundestariftreuegesetz.</b></p> <p>gesetzlichen <b>Mindestlohn zunächst auf mindestens zwölf Euro erhöhen</b></p>	<p>S. 103 ff. gesetzlichen <b>Mindestlohn sofort auf 12 Euro</b> anheben, weiter steigern</p> <p><b>Mindestlohn soll wirksam vor Armut schützen</b> und mindestens der Entwicklung der Tariflöhne entsprechen</p> <p><b>gleicher Lohn für Leiharbeiter*innen</b> für gleiche Arbeit – plus <b>Flexibilitätsprämie</b></p> <p>Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund nicht mehr befristen</p> <p><b>gegen Missbrauch von Werkverträgen</b> und die Abwälzung unternehmerischer Verantwortung mittels Subunternehmerketten vorgehen</p>	<p>S. 15 Abschaffung des Niedriglohnssektors</p> <p><b>Rechtsanspruch auf eine Vollzeitstelle für alle Beschäftigten</b> <b>Rechtsanspruch für Teilzeitjobs auf eine Mindeststundenzahl von 22h/ Woche</b></p> <p><b>Befristungen zurückdrängen</b> und sämtliche Tätigkeiten über die <b>Sozialversicherungen</b> absichern</p> <p>S. 16 neues <b>Normalarbeitsverhältnis mit 30h/Woche</b></p> <p><b>Mitbestimmungsrecht</b> bei Personalbemessung und <b>Anti-Stress-Verordnung</b></p>	<p>S. 27 Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen ihren unternehmensinternen <b>Gender Pay Gap auswerten und veröffentlichen</b></p> <p>S. 64 f. <b>Liberales Bürgergeld</b> &gt; steuerfinanzierte Sozialleistungen (ALG II, Grundsicherung, Wohngeld usw.) in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammenfassen</p> <p><b>Grundsicherung anpassen und weiterentwickeln</b></p> <p><b>bessere Hinzuverdienstregeln beim ALG II</b> bzw. beim angestrebten liberalen Bürgergeld als Weg aus Hartz IV heraus</p>

					
	<p>S. 62 <b>Anrechnung von Einkommen im SGB II neu ausgestalten</b></p> <p>SGB-II-Leistungsrecht vereinfachen, <b>Verwaltungsaufwand reduzieren</b> dafür <b>stärkere Betreuung der Leistungsempfänger</b></p> <p>S. 37 <b>Ziel: Vollbeschäftigung</b></p> <p>S. 38 <b>Zeitarbeit erhalten</b>, befristete Arbeitsverhältnisse und sachgrundlose Befristung als Ausnahme, max. zwei Jahre, keine Ausweitung von Kettenbefristungen</p> <p><b>Minijobgrenze</b> von 450 Euro auf 550 Euro pro Monat <b>erhöhen</b></p> <p>S. 39 Arbeitszeitgesetz reformieren: anstelle der täglichen → <b>wöchentliche Höchstarbeitszeit</b></p>	<p>und Spielräume der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ausweiten</p> <p><b>Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne einen Sachgrund abschaffen</b> und vom Gesetz akzeptierten Gründe für eine <b>Befristung kritisch überprüfen</b></p> <p><b>Leiharbeiter*innen gleichen Lohn wie Festangestellte</b></p> <p><b>Gleitzone der Midi-Jobs auf 1.600 Euro anheben</b></p> <p>Zugang zur <b>Brückenteilzeit für mehr Beschäftigte</b> möglich machen</p> <p>Erhöhung der Mindestlöhne verfolgen &gt; <b>allgemeinverbindliche Branchentarifverträge</b></p> <p><b>Refinanzierung der Pflegeleistungen an die Geltung von Tarifverträgen binden</b></p> <p>Neuen, <b>bundesweiten und einheitlichen</b></p>	<p><b>vor Mobbing und Diskriminierung am Arbeitsplatz besser schützen</b></p> <p>Arbeitsschutz wirksam gegen Stress, Burn-out und Entgrenzung der Arbeit stärken</p> <p><b>dauerhaft höhere öffentliche Investitionen, mehr Gründungsgeist, Forschung sowie Innovation</b></p> <p><b>Niedriglohntsektor mittelfristig austrocknen</b></p> <p>S. 112 besonders <b>intensive Betreuung für Langzeitarbeitslose</b> durch die Arbeitsagentur</p> <p><b>dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt</b> für Menschen ohne Perspektiven</p> <p>mehr <b>Tarifverträge und starke Mitbestimmung</b> für mehr Beschäftigte und Betriebe</p> <p><b>öffentliche Vergabe nur an Unternehmen, die</b></p>	<p><b>Weiterbildungsanspruch</b> für alle mit gesichertem Einkommen durch <b>Weiterbildungsgeld</b></p> <p><b>Mindestlohn auf 13 Euro</b> erhöhen ohne Verrechnung mit Zuschlägen</p> <p>Streichung sämtlicher Ausnahmen von Mindestlöhnen</p> <p><b>Pflicht zur elektronischen Arbeitszeiterfassung</b> und häufigere Kontrollen</p> <p>Einrichtung eines offiziellen Meldeportals der Bundesregierung gegen Mindestlohnbruch</p> <p><b>Tarifbindung</b> für alle Unternehmen und Branchen</p> <p><b>Unterbietungswettbewerb</b> zu Lasten von Löhnen und Arbeitsbedingungen <b>verhindern</b></p> <p><b>Lohndumping</b> durch Werkverträge und Leiharbeit <b>beenden</b></p>	<p><b>Einkommen von Jugendlichen</b> aus Familien, die ALG II beziehen, bis zur Höhe eines Minijobs <b>nicht anrechnen</b></p> <p><b>Schonvermögen in der Grundsicherung ausweiten</b> &gt; v.a. Altersvorsorgevermögen, die selbst genutzte Immobilie und für die Erwerbstätigkeit benötigte angemessene Kraftfahrzeug</p> <p><b>einheitlicher Satz für alle erwachsenen Leistungsbezieher</b> beim Arbeitslosengeld II bzw. beim angestrebten liberalen Bürgergeld</p> <p><b>Bagatellgrenze für Kleinstbeträge bei Rückforderungen</b> durch die Jobcenter</p>

VOLKSSOLIDARITÄT					
		<p><b>Personalbemessungsrahmen</b> voranbringen</p> <p><b>Rechtsanspruch auf mobile Arbeit</b> einführen (mind. 24 Tage/Jahr mobil oder im Homeoffice)</p> <p><b>Schutzfunktion des Arbeitszeitgesetzes erhalten</b></p> <p>S. 33 Grundsicherung zu einem <b>Bürgergeld</b> entwickeln &gt; soll digital und unkompliziert zugänglich sein</p> <p><b>Kriterien zur Regel-satzermittlung weiterentwickeln</b> und Betroffenen und Sozialverbänden mit einbeziehen</p> <p><b>Bürgerservice</b>, der nach Lebenslagen berät und alle Leistungen aus einer Hand zugänglich macht &gt; digital und aufsuchend</p>	<p><b>tarifgebunden sind</b> oder mindestens Tariflöhne zahlen &gt; für ein <b>Bundestariftreugesetz</b>.</p> <p>Erleichtern, <b>Tarifverträge für allgemeinverbindlich</b> zu <b>erklären</b>, damit sie für alle in einer Branche gelten</p> <p>S. 105 <b>Recht auf mobiles Arbeiten</b> &gt; mit Blick auf betriebliche Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien</p> <p>S. 107 Arbeitslosenversicherung zu einer <b>Arbeitsversicherung</b> umbauen</p> <p><b>Rechtsanspruch auf Weiterbildung</b> und Stärkung der beruflichen Qualifikation</p> <p><b>ab 4 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung Anspruch auf Arbeitslosengeld</b></p>	<p><b>Leiharbeit verbieten</b> &gt; bis dahin ab dem ersten Tag die gleichen Löhne wie für Festangestellte plus Flexibilitätszulage von 10 %</p> <p><b>gleiche Entgelte für Frauen und Männer, Auskunftsanspruch</b> durch Verbandsklagerecht im Entgelttransparenzgesetz</p> <p><b>Tarifverträge bei Betriebsübergängen</b> in nicht tarifgebundene Unternehmen <b>unbefristet schützen</b></p> <p><b>Bundestariftreugesetz</b> zur Einhaltung von Tarifverträgen als zwingende Voraussetzung für öffentliche Aufträge einschl. Subunternehmen</p> <p>S. 17 <b>sachgrundlose Befristungen</b> im Teilzeit- und Befristungsgesetz <b>ersatzlos streichen</b></p> <p><b>Mini- und Midijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse</b></p>	





VOLKSSOLIDARITÄT					
			<p>S. 109  <b>Entgeltgleichheitsgesetz</b>            &gt; Berichtspflicht der Unternehmen zum Schließen des eigenen Pay-Gaps</p> <p>S. 111 ff.            Hartz IV durch individualisierte <b>Garantiesicherung</b> im soziokulturellen Existenzminimum ersetzen</p> <p>Anrechnung von Einkommen deutlich attraktiver gestalten, sodass zusätzliche Erwerbstätigkeit <b>auch in Teilzeit zu einem spürbar höheren Einkommen</b> führt</p>	<p><b>ab dem 1. Euro überführen</b></p> <p>gesetzliche <b>Höchst Arbeitszeit auf maximal 40h/Woche</b> begrenzen</p> <p>S. 18  <b>Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung</b> für alle Beschäftigten</p> <p><b>Recht auf Auszeiten</b>, zweimal im Berufsleben für ein Jahr</p> <p>S. 26  <b>Recht auf Erwerbsarbeit</b> mit einklagbarem individuellem Rechtsanspruch einschl. Recht auf Ablehnung einer konkreten Erwerbsarbeit</p> <p><b>Versicherung gegen Erwerbslosigkeit</b>, in die Beschäftigte und Arbeitgeber einzahlen</p> <p>S. 26  <b>Hartz-IV-System abschaffen</b>, ersetzen durch Mindestsicherung ohne Sanktionen (1.200 Euro) mit Inflationsausgleich</p>	






VOLKSSOLIDARITÄT				<b>DIE LINKE.</b>	
				<p><b>Sperrzeiten, Leistungskürzungen u.a. Sanktionen ausnahmslos abschaffen</b> Arbeitslosengeld auf einheitlich 68 % erhöhen und neues <b>Arbeitslosengeld Plus</b> (58 % des Nettoentgelts) plus Inflationsausgleich einführen</p> <p>S. 27 sofortige <b>Erhöhung der derzeitigen Grundsicherungsleistungen auf 658 Euro</b> plus Übernahme der Wohn- und Stromkosten in tatsächlicher Höhe</p> <p>S. 28 <b>Ausbau der Prozesskosten- und Beratungshilfe</b></p>	





### 3. In Würde altern – Für eine Rente, die den Lebensstandard sichert







<p>S. 6 im Arbeitsleben erworbenen <b>Lebensstandard auch im Alter absichern</b></p> <p><b>gesetzliche Rente wieder als zentrale Säule der Alterssicherung stärken</b></p>	<p>S. 59 <b>Rentner*innen verlässlich an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligen</b></p> <p><b>Doppelbesteuerung</b> von Renten <b>verhindern</b>, Vorgaben des Bundesfinanzhofs schnellstmöglich umsetzen.</p>	<p>S. 35 dauerhaft stabile Rentenleistung und dauerhaftes <b>Rentenniveau von mindestens 48 Prozent</b></p> <p><b>lehnen weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab,</b></p>	<p>S. 113 langfristige <b>Sicherung des Rentenniveaus bei 48 Prozent</b></p> <p>Frauenerwerbstätigkeit unter anderem durch ein <b>Rückkehrrecht in Vollzeit</b> erhöhen</p>	<p>S. 21 ff. <b>Garantieverprechen</b> der gesetzlichen Rentenversicherung <b>wiederherstellen</b></p> <p><b>Rentenniveau auf 53 Prozent</b> anheben</p> <p><b>Konzept der solidarischen Erwerbstätigenversicherung</b> bietet</p>	<p>S. 65 f. <b>Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip</b> organisieren &gt; Bausteine aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge je nach Lebenslage flexibel kombinieren und an moderne Lebensläufe anpassen; Ansprüche mitnehmen</p>
--	--	--	---	--	--



					
<p><b>Verbesserungen der Alterssicherung von Erwerbsgeminderten, Niedrigverdienern und Langzeitarbeitslosen.</b> Die Erwerbsminderungsrenten müssen erhöht und die Abschläge gestrichen werden.</p> <p><b>Entfristung der Rente nach Mindestentgeltpunkten</b> abfangen</p> <p><b>für die vor 1992 geborenen Kinder auch den dritten Entgeltpunkt zu gewähren.</b></p> <p><b>für Rentner*innen bei der Pflege von Angehörigen einen zusätzlichen Rentenanspruch</b> gewähren</p> <p><b>Rentenniveau schrittweise anheben und längerfristig bei 53 Prozent festschreiben</b></p> <p><b>Kürzungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel streichen</b>, um Lohn- dynamik wiederherzustellen</p>	<p><b>freiwillige Beiträge</b> in der Gesetzlichen Rentenversicherung in jeder Höhe <b>zulassen</b>, max. bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze</p> <p><b>Rentenrecht, das Generationengerechtigkeit sichert</b> und Leistungen sowie <b>Lasten</b> fair und nachvollziehbar <b>verteilt</b> klare <b>Perspektive</b> für die nächsten <b>30 Jahre</b></p> <p>Sozialbeirat zu <b>Alterssicherungsbeirat</b> weiterentwickeln, der eine <b>Empfehlung für die Haltelinie bei Rentenniveau</b> und <b>Beitragssatz</b> gibt.</p>	<p>gesetzlichen Anspruch, dass besonders langjährig Versicherte vor Erreichen der Regelaltersgrenze <b>abschlagsfrei in Rente gehen</b> können, beibehalten</p> <p><b>Gesamtheit der Erwerbstätigen in die Rentenversicherung aufnehmen</b> und Sondersysteme auf lange Sicht überwinden</p> <p><b>Armutsriskien bei Erwerbsminderungsrentner*innen verringern</b> und Verbesserungen erreichen</p> <p><b>geschlechtergerechte Rente</b></p>	<p>echtes <b>Einwanderungsgesetz</b> schaffen</p> <p><b>Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer*innen verbessern</b></p> <p>bei Bedarf <b>Steuerzuschüsse</b> erhöhen.</p> <p><b>prekäre Beschäftigung</b> für eine gute Rente <b>überwinden</b></p> <p>gesetzliche Rentenversicherung schrittweise zu einer <b>Bürger*innenversicherung</b> weiterentwickeln &gt; auch für nicht abgesicherte Selbstständige und Abgeordnete</p> <p>Grundrente zu einer echten <b>Garantierente</b> weiterentwickeln</p> <p><b>Rente mit 67</b></p> <p>Menschen leichter machen, <b>selbst</b> darüber zu <b>entscheiden, wann</b> sie in <b>Rente</b> gehen, auch über die Regeleintrittsgrenze hinaus</p>	<p>Alterssicherung auch für bislang nicht versicherte Selbstständige, Freiberufler*innen, Beamt*innen, Manager*innen und Politiker*innen</p> <p><b>alle Erwerbstätigen zahlen Beiträge</b> in gesetzliche Rentenversicherung <b>Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro</b> für alle Menschen im Rentenalter und bei Erwerbsminderung als Zuschlag – im Einzelfall auch als Vollbetrag &gt; wird aus Steuern finanziert und dynamisiert</p> <p>„<b>Rente nach Mindestentgeltpunkten</b>“ auch für Zeiten nach 1992 einführen und verbessern</p> <p><b>Ausbildungszeiten</b> für die Rente besser <b>anerkennen</b></p> <p><b>Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und der Pflege</b> höher bewerten</p> <p><b>für jedes Kind drei Entgeltpunkte auf</b></p>	<p><b>Renteneintrittsalter</b> nach schwedischem Vorbild <b>flexibilisieren</b></p> <p><b>Zuverdienstgrenzen abschaffen, Teilrenten ermöglichen</b></p> <p><b>Erwerbsminderungsrente stärken</b></p> <p>Einführung einer <b>Gesetzlichen Aktienrente</b> &gt; Rentensystems auf zwei Pfeiler stellen: 1) genau derselbe Anteil wie bisher für die Altersvorsorge von Arbeitnehmer und Arbeitgeber (bspw. 2% Bruttoeinkommen) in langfristige, chancenorientierte und kapitalgedeckte Altersvorsorge, die als Fonds unabhängig verwaltet wird</p> <p><b>Basis-Rente für alle</b>, die gearbeitet und eingezahlt haben &gt; mehr als Grundversicherung</p> <p>S. 67 wirksame <b>demographische Faktoren in der</b></p>

VOLKSSOLIDARITÄT					
<p>gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln</p>			<p>ein Bürger*innenfonds für die Rente</p> <p>öffentliche Zulagenförderung der privaten Altersvorsorge reformieren und auf niedrige und mittlere Einkommen fokussieren</p>	<p>Rentenkonto gutschreiben, egal wann und wo geboren</p> <p>Rente ab 67 muss zurückgenommen werden</p> <p>Zugang zu Erwerbsminderungsrenten erleichtern</p> <p>Anhebung der Zurechnungszeit für Rentenzugänge ab 2019 muss auch für die Menschen gelten, die schon 2018 und früher Erwerbsminderungsrente bezogen haben</p> <p>Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten streichen oder durch wirkungsgleiche Maßnahme kompensieren</p> <p>Beiträge in die Rentenkasse für Langzeiterwerbslose</p> <p>sofortige Angleichung der Ostrenten an Westniveau, ohne zukünftige Rentner*innen zu benachteiligen</p>	<p>Rentenanpassungsformel für einen gerechten Ausgleich zwischen den Generationen</p> <p>Nachholfaktor in der Rentenanpassungsformel reaktivieren</p>


VOLKSSOLIDARITÄT				<b>DIE LINKE.</b>	
				<p><b>Beitragsbemessungsgrenze</b> zunächst <b>vereinheitlichen</b>, dann in mehreren Schritten <b>anheben</b> und schließlich ganz <b>aufgeben</b></p> <p>S. 23  <b>Riester-Rente</b> auf freiwilliger Basis <b>in gesetzliche Rente überführen</b></p> <p><b>betriebliche Altersversorgung</b>, die überwiegend von den Arbeitgebern finanziert wird &gt; <b>verbindliche tarifvertragliche Regelungen</b> als Grundlage</p> <p><b>Doppelbesteuerung der Renten abschaffen</b></p> <p><b>steuerfreies Existenzminimum auf 14.400 Euro</b> im Jahr anheben</p> <p>außerordentliche <b>Rentenerhöhung</b> und eine <b>Neuberechnung des individuellen Rentenfreibetrages</b></p> <p>S. 81  <b>sofortige Angleichung</b></p>	

					
				<p><b>der Ostrenten zu 100 % an das Westniveau</b></p> <p><b>Umrechnung bei der Rente erhalten</b>, solange Löhne im Osten deutlich niedriger sind</p> <p>rechtliche <b>Korrektur der Rentenüberleitung</b></p> <p>für Zeiten des Niedriglohns für alle Beschäftigten in Ost wie West eine <b>Hochwertung der Rente</b> einführen</p>	

## 4. Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West

<p>S. 7 <b>bestehende Ungleichheit in den Lebensverhältnissen zwischen Ost und West schneller abzubauen.</b></p> <p><b>Vernachlässigung der im Grundgesetz verankerten Pflicht zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse</b> ist für uns <b>nicht hinnehmbar</b></p> <p><b>gezielte Strukturpolitik</b>, damit Regionen Entwicklungschancen erhalten</p>	<p>S. 103 <b>mehr Bundesbehörden in den neuen Bundesländern ansiedeln</b></p> <p>S. 125 im Dorfkern <b>Ansiedlung von Unternehmen und Startups</b> mit Investitionszulagen fördern und Ausbau der <b>Mehrfunktionshäuser und Dorfläden unterstützen</b></p> <p>auf dem Land <b>massiven Breitbandausbau</b> und <b>Co-Working-</b></p>	<p>S. 5 f. <b>gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland</b> schaffen</p> <p><b>Deutsche Einheit vollenden</b> und Ungleichgewicht zwischen Metropole und Peripherie, zwischen traditionellen Industrieregionen und neuen Boom-Zonen, zwischen Stadt und Land reduzieren</p> <p><b>Respekt und die Anerkennung der spezifisch ostdeutschen</b></p>	<p>S. 36 strukturschwachen Regionen brauchen regelmäßige und <b>verlässliche Anbindung an ÖPNV</b>, an Mobilitätsdienstleistungen wie z.B. Carsharing und Stromlösungen für E-Autos</p> <p>S. 96 <b>allen Menschen gleiche Teilhabe ermöglichen</b>, öffentliche und soziale Orte stärken, entsprechend sind gleichwertige</p>	<p>S. 79 – 84 Kapitel „<b>Selbstbewusster Osten – Ostdeutsche Interessen stärken</b>“</p> <p>S. 80 <b>gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei gleicher Arbeitszeit zwischen Mann und Frau</b> in Ost und West</p> <p>S. 81 <b>Lohnoffensive Ost:</b> durch mehr Tarifbindung und flächendeckende Tarifverträge bis 2025 Löhne</p>	<p><b>Keine Aussagen</b></p>
--	--	--	--	--	------------------------------

					
<p>und hohe Erwerbslosigkeit, niedrigere Löhne und regionale Abwanderung gestoppt werden.</p> <p><b>ländlichen Raum stärken</b></p> <p>aufgrund weiterhin signifikant niedrigen Lohnniveaus im Osten <b>Ab-schmelzung des Um-rechnungsfaktors von der Angleichung des aktuellen Rentenwerts Ost an den aktuellen Rentenwert entkoppeln und erst im Jahr 2030 abschließen</b></p> <p><b>rentenrechtliche Fehler im Einigungsvertrag korrigieren</b> (Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der DDR) &gt; Anerkennung ostdeutscher Lebensleistung</p>	<p><b>Spaces</b> für kreatives Arbeiten <b>fördern</b></p> <p><b>aus besonders strukturschwachen Gebieten Modellregionen machen</b> &gt; Investitionen fördern, weniger Bürokratie; Genehmigungsverfahren beschleunigen</p> <p><b>Bundesmitten zunehmend an gemeinsame Planungen in Regionen binden</b> und an räumlich sinnvolle Planungsverbünde vergeben</p> <p>vermehrt <b>Regionalbudgets</b> ohne thematische und organisatorische Vorgaben</p> <p>S. 127 ff. <b>Ansiedlung weiterer Bundesbehörden in Ostdeutschland</b>, besonders im ländlichen Raum, fortsetzen &gt; neue <b>digitale Ausbildungsstätte der Bundeswehr</b> in den neuen Bundesländern schaffen</p> <p><b>gezielte Nachwuchsförderung zugunsten eines</b></p>	<p><b>Lebenserfahrungen und Lebensleistungen</b> zentral</p> <p><b>Sichtbarkeit der Ostdeutschen</b> in allen Bereichen <b>erhöhen</b></p> <p>S. 19 Problem der <b>Altschulden vor allem ostdeutscher Wohnungsbaugesellschaften lösen</b></p> <p>S. 21 <b>Exzellenzpotential</b> ostdeutschen Länder <b>weiter entfalten</b>, insbesondere in Bezug auf die Erforschung innovativer Technologien &gt; <b>Anreizsystem zur Kooperation zwischen kleinen Hochschulstandorten</b> ist dazu nötig</p> <p>S. 27 öffentlicher Auftrag darf nur an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen &gt; <b>Bundestariftreuegesetz</b></p> <p><b>bessere Tarifbindung</b> als wichtige Voraussetzung, für <b>Lohnangleichung zwischen Ost und West</b></p>	<p>Lebensverhältnisse Verfassungsgrundsatz</p> <p>Zugang zu <b>Ärzt*innen, schnellem Internet, öffentlicher Daseinsvorsorge</b> auf dem Land</p> <p><b>guter und bezahlbarer Wohnraum</b> in der Stadt</p> <p><b>gleichwertige Lebensverhältnisse</b> als Verfassungsgrundsatz <b>aus oftmals noch unerfüllten Anspruch Realität machen</b></p> <p>S. 135 f. neue Gemeinschaftsaufgabe „<b>Regionale Daseinsvorsorge</b>“ im <b>Grundgesetz einführen</b></p> <p>mit <b>Regionalbudgets</b> Bürger*innen und Akteur*innen vor Ort Möglichkeit geben, ihre Entwicklungsstrategien und Ziele selbst zu bestimmen</p> <p>anhand von regionalen Indikatoren <b>in allen Bundesländern Förderregionen auszuwählen und Zusammenarbeit der</b></p>	<p>100 % an das Westniveau angleichen</p> <p><b>einheitliche Tarifgebiete</b> in Ost und West</p> <p>bundesweit <b>gleiche Arbeitszeiten- und Urlaubsregelungen</b></p> <p>S. 82 mehr Frauen, <b>mehr Ostdeutsche</b>, mehr Migrant*innen <b>in Führungs-etagen</b> bundesweit</p> <p><b>Ostdeutschland als Forschungs- und Förderstätte</b> für die Arbeitsgesellschaft im digitalen und ökologischen Wandel <b>stärken</b></p> <p><b>öffentliche Dienst als Motor für Karrierewege Ostdeutscher</b> (Hebung unterrepräsentierter Gruppen fördern)</p> <p>für <b>mehr Sichtbarkeit von Diskriminierung</b> freiwillige Erhebung der Geburtsorte und biografischer Daten bei Bundes- und Landesbehörden, bei</p>	

					
	<p><b>effizienten Technologietransfers in den neuen Bundesländern erproben</b> und bei Erfolg bundesweit ausbauen</p> <p>integrierte Lösungen für ländliche Regionen entwickeln und in „<b>Digitalen Dörfern</b>“ modellhaft umsetzen</p> <p>bedarfsgerechtes <b>Grundangebot im öffentlichen Verkehr sicherzustellen</b> – auch auf dem Land</p>		<p>Kommunen in Regionen <b>unterstützen</b></p> <p><b>Bundesstrategie „Orte des Zusammenhalts“</b> &gt; gezielten Ansiedelung von neuen Forschungsinstituten und Bundeseinrichtungen, vor allem in Ostdeutschland</p> <p>Errichtung eines „<b>Zukunftszentrums für Deutsche Einheit</b> und Europäische Transformation“</p> <p><b>Gemeindefinanzen besser und krisenfester aufstellen</b> &gt; weg von einzelnen Förderprogrammen, hin zu einer höheren Grundfinanzierung</p> <p><b>Faire Unterstützung bei kommunalen Altschulden und gemeindlichen krisenbedingten Steuer ausfällen</b> mit Unterstützung des Bundes (für 2021 und 2022 Gewerbesteuer ausfälle vollständig durch Bund und Länder übernommen)</p>	<p>Hochschulförderprogrammen, Stiftungen und Förderwerken</p> <p>Verlagerung weiterer <b>Bereiche des öffentlichen Rundfunks in ostdeutsche Bundesländer</b> mit mehr Entscheider*innen mit Ostbiografie</p> <p><b>Bundesbehörden und Unternehmen</b>, an denen der Bund beteiligt <b>im Osten ansiedeln</b></p> <p><b>Untersuchungsausschuss zur Treuhand</b></p> <p><b>Einigungsvertrag prüfen, ob Ansprüche Ostdeutscher bei der Umsetzung des Vertrags vernachlässigt oder ignoriert wurden, und ob sie gegebenenfalls noch ein klagbar sind</b> &gt; Enquete-kommission</p> <p><b>regionale Produkte, Verarbeitungs- und Vertriebsstrukturen stärken</b> &gt; Produktionsgenossenschaften und Vertriebsgenossenschaften aus</p>	

					
			<p>Mehr <b>kommunale Investitionen ermöglichen</b> durch einfache und unbürokratische Fördermittel (z.B. Klimaschutz, Verkehrswende, Gründungsinfrastruktur, Kultureinrichtungen usw.)</p> <p>S. 209 <b>Förderung des Breiten-sports, v.a. in Ost-deutschland</b></p>	<p>Regionen miteinander verbinden</p> <p><b>Reindustrialisierung Ost</b> vorantreiben &gt; klimagerechte Industriearbeitsplätze</p>	

## 5. Kindergrundsicherung als Grundpfeiler von Armutsprävention


<p>S. 7 f. <b>gleiche Zugangsmöglichkeiten für alle Kinder</b> zu Bildung, zu einem gesunden Aufwachsen sowie zur Beteiligung am sozialen und kulturellen Leben haben</p> <p>unsolidarische steuerliche <b>Ungleichbehandlung von Kindern mit und ohne Grundsicherung beenden</b></p> <p>Einführung einer sozial gerechten Kinder- und Familienförderung in Form einer <b>einkommensabhängigen</b></p>	<p><b>Keine Aussage zur Kindergrundsicherung</b></p> <p>S. 76 <b>Leistungen müssen, wo immer möglich, automatisiert erfolgen</b></p>	<p>S. 39 Konzept der <b>Kindergrundsicherung</b></p> <p>&gt; <b>Kindergeld</b>: automatisch ausgezahlt; fasst alle bisherigen Familienleistungen zusammen; nach Einkommen der Familie gestaffelt</p> <p>&gt; <b>Infrastrukturleistungen</b>: gute und beitragsfreie Kitas; Ganztagsangebot für Schulkinder; soziale Infrastruktur für Jugendliche; freie Fahrt im Nahverkehr</p> <p>S. 57</p>	<p>S. 98 <b>Kindergrundsicherung</b>: Kindergeld, Kinderzuschlag, Sozialgeld für Kinder und Bedarfe für Bildung und Teilhabe in neue eigenständige Leistung zusammenzufassen (eigenes Konzept)</p> <p>Für <b>jedes Kind festen Garantie-Betrag</b>, für Kinder in Familien mit geringem oder gar keinem Einkommen zusätzlich noch <b>GarantiePlus-Betrag</b></p> <p><b>Neuermittlung dessen, was Kinder zum Leben brauchen</b></p>	<p>S. 28 f. <b>Kinder- und Jugendarmut mit zwei Ansätzen beseitigen</b>:</p> <p>&gt; <b>finanzieller Unterstützung</b> bei materieller und monetärer Armut</p> <p>&gt; <b>infrastrukturelle Angebote</b> (ÖPNV, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken etc.) niedrigschwellig, barrierefrei, wohnortnah und möglichst gebührenfrei</p> <p><b>Kindergrundsicherung orientiert am Modell des</b></p>	<p><b>Keine Aussage zur Kindergrundsicherung</b></p> <p>S. 33 <b>Kinderchancengeld</b> aus: Grundbetrag, Flexibetrag und nichtmateriellem Chancenpaket</p>
--	--	---	--	---	--





					
<p><b>Kindergrundsicherung, die ab Geburt automatisiert ausgezahlt wird und alle pauschalen Familienleistungen – zum bündelt</b></p> <p>realistische <b>Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums</b></p>		<p>Umsetzung einer <b>EU-Kindergarantie</b></p>	<p><b>Alleinerziehende entlasten</b> mit Steuergutschrift</p>	<p><b>Bündnisses Kindergrundsicherung</b>          &gt; 630 Euro für die ärmsten Kinder und wird je nach Einkommenssituation bis auf 328 Euro abgeschmolzen</p> <p>S. 27 f.  <b>IT-Zuschlag in eigenständige Kindergrundsicherung überführen</b>, sobald sie aufgebaut ist</p> <p>als <b>Sofortmaßnahme Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro</b> monatlich (einkommensunabhängig) + <b>Zuschlag für arme Kinder</b> (bis 302 Euro)</p>	






**6. Daseinsvorsorge für Kinder, Jugendliche und Familien flächendeckend sichern**

<p>S. 8 f.  <b>armutspräventives und chancengerechtes Infrastrukturangebot</b> im Lebensumfeld</p> <p><b>angepasste Förderung</b>, unabhängig von den Gegebenheiten an ihrem Wohnort und ihrer (sozialen) Herkunft</p>	<p>S. 80 f.  <b>Kita-Ausbau und die Weiterentwicklung der Qualität auch über 2022 hinaus weiter fördern</b></p> <p>ab Alter von drei Jahren <b>verbindliche Sprachstands-Tests</b> mit qualitativ wirksamen Sprachförderangeboten für alle Kinder</p>	<p>S. 13  <b>Modernisierungsprogramm</b> des Bundes, Schulen erstklassig ausstatten; digitales Endgerät für jede*n Schüler*in &gt; Schwerpunkt Ganztagschule</p> <p><b>Open-Source-Plattform</b> &gt; länderübergreifend Lehr- und Lernmaterialien</p>	<p>S. 97 ff.  <b>starke Kinderrechte</b> der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz</p> <p>durch gesetzliche Vorgaben zur Personalplanung <b>besser ausgestattete Jugendämter und Entlastung der Fachkräfte</b> sorgen</p>	<p>S. 29  <b>Kommunen finanziell zu unterstützen</b>, um Angebote für Kinder und Jugendliche vorzuhalten sowie den ÖPNV stärker auf Bedürfnisse junger Menschen auszurichten</p> <p>Rechtsanspruch auf soziale Teilhabe für Kinder &gt;</p>	<p>S. 13 f.  <b>Reform des Bildungsföderalismus</b> und Grundgesetzänderung, damit Bund und Länder zusammen für die Sicherstellung der Qualität, die Leistungsfähigkeit und die Weiterentwicklung des Bildungswesens wirken können</p>
--	---	--	---	---	--








					
<p>Ausbau und zur Schaffung <b>kostenloser Mobilität, kostenfreie kinder- und jugendgerechter Spielorte und Treffpunkte sowie entwicklungsrelevante Freizeitangebote</b></p> <p><b>Kinder und Jugendliche direkt beteiligen</b></p> <p>Sicherstellung des <b>Qualitätsanspruchs (früh-)pädagogischer Arbeit und Fachkräftesicherung</b> in der Kindertagesbetreuung 0 bis 12 durch unbefristete, dynamisierte und angemessene Finanzierungsbeteiligung des Bundes über 2022 hinaus</p> <p>Initiierung, Stärkung und <b>Verstetigung der praxisintegrierten Erzieher*innenausbildung</b></p> <p>gute und <b>kostenlose Ausbildung für Erzieher*innen mit angemessener Vergütung</b></p> <p>verpflichtende <b>Ausrichtung der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe an</b></p>	<p><b>Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ weiter fördern</b></p> <p>Bund-Länder-Initiative <b>„Schule macht stark“ fördern</b></p>	<p>und Unterrichtskonzepte für alle zugänglich</p> <p>S. 28 f. <b>Plan zur Fachkräftesicherung</b> &gt; weiteren Ausbau von Kitas, Ganztagsbetreuung an Schulen und Jugendeinrichtungen absichern</p> <p><b>attraktive, vergütete und schulgeldfreie Ausbildung</b> schaffen, für mehr Ausbildungskapazitäten an Fachschulen und in Studiengängen zur sozialen Arbeit und Kindheitspädagogik</p> <p>mehr <b>Karriereoptionen für die Fachkräfte</b> schaffen und Beschäftigungsverhältnisse anstreben, die eine <b>eigenständige Existenzsicherung</b> ermöglichen</p> <p>S. 39 Siehe <b>Infrastrukturleistungen</b> zur Kindergrundschulung</p> <p>S. 40 f. <b>Bundesprogramm „Gemeindehaus 2.0“</b></p>	<p><b>Qualitätsstandards</b> überall <b>in der Kinder- und Jugendhilfe</b> verbindlich erstellen und weiterentwickeln</p> <p>mit <b>Bundesinklusionsgesetz</b> alle Kinder unter dem Dach der Jugendhilfe vereinen, mit <b>Bundesmodellprogramm</b> unterstützen</p> <p>S. 99 <b>Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Frühe Hilfen und alle Formen von Hilfen zur Erziehung</b> gemeinsam mit Ländern und Kommunen <b>sicherstellen</b> und <b>Räume für Jugendliche nachhaltig fördern</b></p> <p>S. 142 ff. <b>Erzieher*innen und Lehrer*innen</b> jederzeit systemrelevant &gt; <b>Wertschätzung</b> sollte sich in <b>Arbeit, Bezahlung und Ausstattung</b> widerspiegeln</p>	<p><b>Teilhabegesetz für Kinder und Jugendliche</b></p> <p>S. 29 <b>gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung</b> für Kinder aller Altersgruppen</p> <p>S. 46 ff. <b>Offensive des Bundes für mehr Lehrkräfte, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen</b></p> <p><b>Gebäude sanieren</b>, ausbauen und dem Bedarf für inklusive Bildung anpassen</p> <p><b>Bildungssystem</b> als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge <b>ausreichend</b> vom Staat finanzieren</p> <p><b>Kooperationsverbot komplett aufheben</b> und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern</p> <p><b>bundesweit einheitlichen Betreuungsschlüssel</b> in Kindertagesstätten</p>	<p><b>Schul- und Kitafinanzierung</b> auf drei Säulen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <i>Sockelbetrag</i> entsprechend der Größe der Einrichtung,</li> <li>2. <i>Bildungsgutscheine</i>, die pro Kind einen Zuschuss gewähren, und</li> <li>3. einen „<i>German Dream</i>“-Zuschuss für Kinder mit niedrigem sozio-ökonomischem Status</li> </ol> <p><b>Förderschulen/-klassen erhalten</b> &gt; Wahlfreiheit für Eltern</p> <p><b>Ausbildung zur Fachkraft im Bereich der frühkindlichen Bildung bundesweit schulgeldfrei und vergütet</b></p> <p>bundesweite <b>Mindeststandards</b> für exzellente <b>Lehrerausbildung</b></p> <p>Einrichtung einer <b>Deutschen Lehrkräfteakademie</b> für Lehrerfortbildungen</p> <p><b>Digitalpakt 2.0</b></p>






					
<p>tatsächlichen Bedingungen und direkten Prozessen vor Ort und Gegebenheiten des Sozialraums &gt; <b>Mittel zweckgebunden einsetzen</b> können</p>		<p>(außerschulischen Bildung, Sport, Kultur und Jugendarbeit)</p> <p>gutes <b>Ganztagangebot für alle Kinder</b></p> <p>S. 45 <b>unmittelbare Möglichkeit für alle Kinder, eine Kita zu besuchen</b></p>	<p><b>Investitionen für Kitas</b> und Primarbereich <b>deutlich erhöhen.</b></p> <p><b>wirkungsvolle Fachkräfteo</b>ffensive und <b>faire Ausbildungsvergütungen</b>, Weiterentwicklungsmöglichkeiten und gute Arbeitsbedingungen</p> <p><b>schulgeldfreie Ausbildung</b> zur/m Erzieher*in</p> <p><b>mit Bund-Länder-Programm für Fachkräftesicherung</b> mit hochwertige Quereinstiegsbildung fördern, bestehende Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote stärken und gemeinsame Qualitätsstandards sichern</p> <p><b>Mindeststandards Fachkraft-Kind-Schlüssel</b> &gt; ein*e Erzieher*in auf höchstens vier U3- und neun Ü3-Kinder</p> <p><b>genügend Zeit</b> für Vor- und Nachbereitung, Zusammenarbeit mit Familien, Netzwerkarbeit im Sozialraum und Fortbildungen</p>	<p>Kitas mit <b>täglichem kostenlosem, gesundem, warmem Essen</b></p> <p><b>Sozial- und Erzieherberufe</b> müssen <b>aufgewertet</b> werden; <b>Ausbildung als Erzieher*in in der frühkindlichen Bildung auf Hochschulniveau</b> anheben; <b>Vergütung in der Ausbildung</b> und der <b>Abschaffung des Schulgeldes</b></p> <p><b>Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung</b> im Grundschulalter nur mit mehr Personal und großen Investitionen</p> <p><b>Gemeinschaftsschule für alle</b> ohne Hausaufgaben und Nachhilfebedarf; ganztägig organisiert; alle Schulabschlüsse; demokratisch organisiert mit wirklicher Mitbestimmung von Schüler*innen</p> <p><b>Rechtsanspruch auf inklusive Bildung</b> und Recht auf gemeinsames Lernen in einer Regelschule in jedes Schulgesetz</p>	

VOLKSSOLIDARITÄT					
			<p><b>Fachberatung</b> und Supervisions- und <b>Mentoring-Programmen</b>, <b>Lernortkooperationen</b> und Unterstützung für <b>berufliche Weiterbildung</b> innerhalb des Kita-Systems</p> <p>Engagement des Bundes beim <b>Platzausbau</b> weiterführen</p> <p>S. 149 f. <b>Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern verfassungsrechtlich absichern</b></p> <p><b>mehr Flexibilität ermöglichende Bildungsfinanzierung</b>, vor allem in den Grundschulen und Kitas</p>	<p><b>Bildungsprogramm</b> für geflüchtete und andere <b>zugewanderte Kinder und Jugendliche</b></p> <p><b>Programm für Schulsozialarbeit</b></p> <p>Zehn Prozent <b>Vertretungsreserve</b> durch zusätzliche Lehrer*innen-ausbildung</p> <p><b>für jedes Kind ein mobiles Endgerät</b> als Teil der Bildungsausstattung</p> <p><b>Sozialfonds zur besseren Ausstattung von Schulen</b> nach Sozialindex etablieren</p> <p>S. 50 <b>Ausbildungsvergütung, die zum Leben</b> unabhängig von den Eltern <b>reicht</b></p>	
<h2 style="background-color: #008000; color: white; padding: 5px;">7. Gesundheit und Pflege solidarisch sichern</h2>					
<p>S. 9 f. Zugang zu <b>optimaler medizinischer Versorgung für alle</b> Menschen &gt; wohnortnahe und bedarfsgerechte Versorgung</p>	<p>S. 63 ff. <b>Bürokratie im Gesundheitswesen abbauen</b> und Pflegeberufe attraktiver machen</p>	<p>S. 17 f. Standardisierung der Entwicklungsmethoden der <b>personalisierten Medizin</b> &gt; mit erschwinglichen Preisen für alle zugänglich</p>	<p>S. 116 ff. <b>Prävention und Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe</b> fördern</p>	<p>S. 31 ff. <b>100 000 Pflegekräfte</b> mehr in Krankenhäusern und Pflegeheimen, <b>500 Euro mehr Grundgehalt</b></p>	<p>S. 35 ff <b>Krankenhäuser finanziell absichern</b> &gt; bedarfsgerechte und qualitative Versorgung sicherstellen</p>

<p><b>Anteile von Sockelfinanzierung und Eigenbeitrag der Pflegeversicherung müssen im Sinne eines Sockel-Spitze-Tauschs vollzogen werden</b> &gt; Lastenverteilung</p> <p><b>Einführung einer Bürgerversicherung</b> und Abschaffung des unsolidarischen dualen Systems in der Kranken- und Pflegeversicherung</p> <p><b>alle Einkommensarten sollen gleichermaßen für Beitragsbemessung berücksichtigt</b> werden</p> <p><b>Beitragsbemessungsgrenze auf Niveau der Rentenversicherung anheben</b></p> <p>für <b>Übergangszeit</b> zu Bürgerversicherung finanzieller <b>Lastenausgleich</b> zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung einführen</p>	<p><b>Förderung der Robotik und Digitalisierung in der Pflege</b> mittels Innovationsoffensive von 500 Millionen Euro</p> <p><b>Förderung eines digitalen, wohnortnahen und barrierefreien Zugangs</b> zu Leistungsangeboten der Gesundheitsversorgung</p> <p><b>einen garantierten Zugang schaffen zu Hospiz- und Palliativversorgung</b> und Förderung lebensbejahende Beratungsangebote</p> <p><b>Notfallkapazitäten für versorgungskritische Wirkstoffe</b> und staatliche Lagerhaltung einführen</p> <p>Förderung von <b>Maßnahmen hinsichtlich einer ausreichenden Verfügbarkeit versorgungsrelevanter Arzneimittel</b></p> <p>Sicherstellung der <b>Verfügbarkeit innovativer Medizinprodukte</b></p>	<p>&gt; maßgefertigten Produkte statt Präparate "von der Stange"</p> <p><b>Sicherstellungsauftrag bei Medikamenten</b></p> <p><b>zielgruppengerechte Medikamentenforschung</b> auch für Frauen und Kinder</p> <p>Neuordnung der Rollenverteilung zwischen ambulanten und stationärem Sektor durch <b>Überwindung der Sektorengrenzen</b></p> <p>Öffnung von Krankenhäusern für <b>ambulante</b> und für <b>teambasierte Formen der Versorgung</b></p> <p><b>Digitalisierung für Verbesserung von Diagnosen und flächendeckende gesundheitliche Versorgung</b> entschlossener nutzen</p> <p><b>gute Arbeitsbedingungen</b> und vernünftige Löhne <b>in der Pflege</b></p>	<p><b>das Pandemiemanagement ausbauen</b> &gt; Reformierung der Krankenhaus- und Notfallversorgung, Stufen zur Eindämmung von Pandemien im Infektionsschutzgesetz definieren, Pandemie-schutzpläne aktualisieren und unabhängigen Pandemierat einrichten</p> <p><b>Investitionen in Gesundheitsforschung</b> und Produktion von Medikamenten und Medizinprodukten sicherstellen</p> <p><b>ambulante und stationäre Angebote in Zukunft übergreifend planen</b> und regionale Versorgungsverbünde fördern</p> <p>interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsberufen stärken &gt; <b>kommunale Gesundheitszentren fördern</b></p> <p><b>Kliniken bedarfsgerecht</b> und nach gesellschaftlichem Auftrag <b>finanzieren</b></p> <p><b>diskriminierungsfreier Zugang zum Gesundheitssystem</b> auch für</p>	<p><b>gesetzliche Personalbemessung</b> für alle Berufe im Krankenhaus und Pflegeeinrichtungen</p> <p><b>Abschaffung der Fallpauschalen</b> &gt; Betriebskosten müssen von Krankenkassen refinanziert werden</p> <p>Pflegevorsorgefonds in einen <b>Pflegepersonalfonds</b> umwandeln für einen allgemeinverbindlichen Flächentarifvertrag sowie ein bedarfsgerechtes Fachkraftniveau</p> <p>sofortige <b>Absenkung und Deckelung der Eigenanteile</b> für pflegebedürftige Menschen</p> <p><b>Absicherung von ambulanten Pflegediensten und soloselbstständigen Pflegenden</b> und Stärkung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze</p> <p><b>Bundesweite Ausbildungsverordnungen und -vergütungen</b> in der Gesundheitsbranche</p>	<p><b>Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln und Impfstoffen sicherstellen</b> &gt; Produktion nach Deutschland oder in die EU verlagern</p> <p><b>Digitalisierung im Gesundheitswesen voranbringen</b> für eine Erleichterung des Arbeitsalltags der Gesundheitsakteure</p> <p><b>Präventionsgesetz reformieren</b> &gt; lebenslanges Gesundheitslernen</p> <p><b>Innovationen bei Arzneimitteln, Medizintechnologie und Digitalisierung fördern</b> &gt; innovationsfördernde Rahmenbedingungen für Schlüsseltechnologien</p> <p><b>Sterbehilfegesetz reformieren</b> &gt; Möglichkeiten der Hilfe zur Selbsttötung schaffen</p> <p><b>Bedürfnisse des ländlichen Raums berücksichtigen</b> mittels Programme</p>

					
	<p><b>Stärkung neuer Therapieoptionen und Arzneimittel</b> für schwerkranke Patienten</p> <p><b>Unterstützung der wissenschaftlichen Erforschung von bisher als unheilbar geltenden Krankheiten</b> wie z.B. von Demenz</p> <p>S. 67 ff. <b>bedarfsgerechte Angebotsstrukturen</b> für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige</p> <p><b>staatliche Förderung der betrieblichen Pflegezusatzversicherung</b> überprüfen</p> <p>mit einer <b>Verlängerung des Pflegevorsorgefonds bis 2050</b> den steigenden Beiträgen der Pflegeversicherung entgegenwirken</p> <p><b>Dynamisierung des Pflegegelds und Einführung einer Regeldynamisierung</b> aller Leistungen auf Grundlage der Lohnentwicklung</p>	<p>System der <b>Fallpauschalen auf den Prüfstand stellen</b> und wo nötig abschaffen</p> <p><b>bedarfsgerechte Grundfinanzierung von Kliniken inklusive des Ausbaus</b> integrierter Versorgungszentren in den ländlichen Regionen und Verbesserung der Notfallversorgung</p> <p>S. 36 <b>Vollversicherung als Bürgerversicherung</b>, die alle pflegerischen Bedarfe und Leistungen abdeckt &gt; erster Schritt: <b>für Pflegebedürftige mit kleinen und mittleren Einkommen den Eigenanteil deckeln</b></p> <p><b>Kostensteigerungen solidarisch</b> über Mix aus moderat steigenden Pflegeversicherungsbeiträgen und dynamischen Bundeszuschuss <b>finanzieren</b></p> <p>über Modellprojekt des Bundes <b>Dienstleistungszentren in kleinen Städten und Gemeinden</b></p>	<p>Menschen ohne Krankenversicherungsschutz</p> <p><b>solidarisch finanzierte Bürgerversicherung</b> &gt; bezieht alle Berufstätigen in Finanzierung eines leistungsstarken Versicherungssystems ein</p> <p><b>Sicherheit und Rechte für Patient*innen und pflegebedürftige Menschen stärken</b></p> <p><b>Strategie für Digitalisierung im Gesundheitswesen</b> zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung</p> <p><b>Ambulante Wohn- und Pflegeformen stärken</b> &gt; Tages-, Kurzzeit- oder Verhinderungspflege sowie Pflege-Wohngemeinschaften ausbauen</p> <p><b>Pflege Zeit Plus für Nachbar*innen, Angehörige und Freund*innen</b> &gt; Lohnersatzleistung bei dreimonatigem Vollausstieg und dreijährigem Teilausstieg</p>	<p><b>Einführung einer solidarischen Gesundheitsvollversicherung</b> &gt; Trennung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung abschaffen!</p> <p>S. 33 ff. <b>Uneingeschränkte gesundheitliche Leistungen für alle in Deutschland lebenden Personen</b> und Aufnahme von Menschen in die Krankenversicherung ohne Verschuldung</p> <p><b>Einführung einer solidarischen Pflegevollversicherung</b></p> <p><b>Bessere Arbeitsbedingungen für Pflegearbeit in Privathaushalten</b> („24-Stunden-Pflege“)</p> <p><b>Übernahme ausländischer Pflegesachleistungen bei Urlaub</b> in EU-Staaten</p> <p><b>Entlastung pflegender Angehöriger</b> durch wohnortnahe Tages- und Kurzzeitpflegeangebote</p>	<p><b>ambulant-stationäre Sektorengrenze abbauen</b> &gt; Integrierte Gesundheitszentren sichern</p> <p><b>Solidarisches duales Gesundheitssystem</b> &gt; Wechsel zwischen privater und gesetzlicher Krankenkasse erleichtern</p> <p>S. 38 ff. umfassender <b>Bürokratieabbau, bessere Arbeitsbedingungen</b> und <b>Digitalisierung im Pflegebereich</b> für menschliche und qualitative Pflege</p> <p><b>Reform der Pflegeausbildung</b> &gt; Auszubildende sollen zur Berechnung des Pflegeschlüssels nicht berücksichtigt werden</p> <p><b>Instrumente für eine bedarfsgerechte Pflege einführen</b> („Pflegepersonal-Regelung 2.0), ausgewogenen Qualifikationsmix sicherstellen und Abkehr von reinen Pflegepersonal-Untergrenzen</p>






					
	<p>Unterstützung der <b>Einführung neuer Wohn- und Betreuungsformen</b></p> <p><b>Gezielte Unterstützung der familiären Pflege</b> und Zusammenfassung von Kurzzeit-, Verhinderungspflege und Betreuungsleistungen zu einem Budget</p> <p><b>Förderung eines passgenauen Leistungsangebotes von Pflegeeinrichtungen</b> für Personen im standortnahen Umfeld</p> <p>Unterstützung der Länder und Kommunen bei der <b>Umsetzung von Konzepten der quartiersbezogenen und sektorenübergreifenden Versorgung</b></p> <p><b>Willkommenskultur für ausländische Pflegefachkräfte</b> stärken</p> <p><b>Stärkung der Aus- und Weiterbildung für Pflege- und Gesundheitsberufe</b></p>	<p>schaffen, in denen medizinische und haushaltsnahe Dienstleistungen vermittelt werden</p> <p>besondere <b>Förderung der haushaltsnahen Dienstleistungen</b> &gt; so ausgerichtet, dass sie auch von Geringverdiener*innen in Anspruch genommen werden kann</p>	<p><b>doppelte Pflegegarantie</b> &gt; Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln</p> <p><b>solidarischen Pflege-Bürgerversicherung</b> mit einkommensabhängigen Beiträgen</p> <p><b>Arbeitsbedingungen in der Pflege und Gesundheitsversorgung verbessern</b> &gt; hauptsächlich über eine Stärkung des Personals und neuen Arbeitszeitmodellen</p> <p><b>Palliativ- und Hospizversorgung und selbstbestimmtes Sterben stärken</b></p>	<p><b>Stärkung der politischen Interessenvertretung</b> pflegender Angehöriger und pflegebedürftiger Menschen</p> <p><b>Stärkung der Vereinbarkeit von Arbeit und Pflege</b> und Lohnersatzleistungen für Angehörige</p> <p><b>Stärkung der gesundheitlichen Chancengleichheit</b></p> <p>flächen- und bedarfsdeckende, barrierefreie <b>gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land</b></p>	<p><b>Pflegende Angehörige entlasten</b> &gt; Ausbau der Kurzzeitpflegeplätze</p> <p><b>Unterstützung bei der Betreuung von Menschen mit Demenz</b> &gt; aufsuchende Beratung und Ausbau demenzfreundlicher Quartiere</p> <p><b>Entlastung der häuslichen Versorgung</b> mittels Digitalisierung z.B. Telepflege</p> <p>Leistungsansprüche der Pflegegrade in ein <b>monatliches und unbürokratisches Pflegebudget</b> überführen</p> <p><b>Finanzierung der Pflege &gt; Drei-Säulen-Modell</b> – bestehend aus sozialer Pflegeversicherung sowie privater und betrieblicher Vorsorge</p>

VOLKSSOLIDARITÄT					
<b>8. Tarifvertrag in der Altenpflege</b>					
<p><b>S. 10</b> repräsentativer <b>Tarifvertrag in der Altenpflege</b> &gt; für alle Unternehmen der Pflegebranche die gleiche <b>Mindeststandards</b> festschreiben</p>	<p><b>Keine Aussagen</b></p>	<p>S. 27 f. Möglichkeit vereinfachen, <b>Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären</b>, damit sie für alle Beschäftigten und Arbeitgeber*innen in einer Branche gelten &gt; müssen auch weiter gelten, wenn Betriebe aufgespalten und ausgelagert werden</p> <p><b>bessere Tarifbindung</b> als wichtige Voraussetzung, für <b>Lohnangleichung zwischen Ost und West</b></p> <p>Erhöhung der Mindestlöhne verfolgen &gt; <b>allgemeinverbindliche Branchentarifverträge Refinanzierung der Pflegeleistungen an die Geltung von Tarifverträgen binden</b></p>	<p>S. 105 <b>Tarifbindung erhöhen</b></p> <p>Erleichtern, <b>Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären</b>, damit sie für alle in einer Branche gelten</p> <p>S. 128 Befürworten eine gute und bessere Bezahlung in der Pflege und „gute Tarifverträge“ in der Altenpflege &gt; <b>soziale Pflegeversicherung verpflichten mit Anbietern zusammen zu arbeiten, die nach Tarif bezahlen</b></p>	<p>S. 16 <b>Tarifbindung</b> für alle Unternehmen und Branchen</p> <p><b>S. 32</b> <b>allgemeinverbindlicher Flächentarifvertrag, mindestens auf dem Niveau der Tarifverträge des Öffentlichen Dienstes (TVÖD / TV-L)</b>, für alle Beschäftigten, auch für private und kirchliche Träger</p> <p>S. 80 f. <b>einheitliche Tarifgebiete in Ost und West</b></p>	<p><b>Keine Aussagen</b></p>
<b>9. Demokratie stärken – Beteiligung fördern</b>					
<p>S. 10 f. <b>mehr Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte aller Menschen</b></p>	<p>S. 78 <b>Stärkung der politischen Bildung und Wertekunde</b> in der Jugendarbeit</p>	<p>S. 25 <b>Erfahrungen mit Bürgerräten aufgreifen</b> und neue Wege der unmittelbaren Beteiligung an</p>	<p>S. 97 Nationaler <b>Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung</b></p>	<p>S. 31 <b>Mitbestimmungsrechte für Senior*innen</b> auf Bundes-, Länder-, Kreis- und Kommunalebene <b>stärken</b></p>	<p>S. 20 bürgernahe und <b>digitale Verwaltung</b></p> <p>S. 40</p>

					
<p>verlässliche Strukturen für <b>Schaffung und Stärkung des freiwilligen Engagements</b> jüngerer und älterer Menschen sowie der Selbsthilfe, gerade im ländlichen Bereich</p> <p>kommunale und regionale Konzepte der <b>refinanzierten Mobilitätsunterstützung</b> im ländlichen Raum</p> <p>freiwilliges und zivilgesellschaftliches <b>Engagement stärker bezuschussen</b></p>	<p><b>ehrenamtliche Strukturen und Netzwerke</b> wie die aufsuchende Nachbarschaftshilfe und Sozialarbeit <b>leichter zugänglich machen</b> und auch im Rahmen generationenübergreifender Wohnformen <b>stärken</b>.</p> <p>S. 133 <b>Vorhaben fördern, die das Ehrenamt unterstützen</b> und auch in strukturschwachen und ländlichen Regionen von besonderer Bedeutung sind</p> <p>Einrichtung von <b>Anlaufstellen für das Ehrenamt</b> in Kreisen und Gemeinden begleiten</p> <p>Senior*innen, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Menschen mit Behinderung <b>für das Ehrenamt gewinnen</b></p>	<p>staatlichen Entscheidungen gehen</p> <p>durch <b>systematische und frühzeitige Beteiligung der Bürger*innen an staatlichen Projekten</b> Rechtswege verkürzen und Verfahren beschleunigen</p> <p>S. 40 <b>Wahlalter auf 16 Jahre senken</b></p> <p><b>Beteiligung von Kindern und Jugendlichen</b> in kommunalen Jugendhilfeausschüssen und Landesjugendhilfeausschüssen gesetzlich in Kommunalverfassungen verankern</p> <p>S. 47 <b>Demokratiefördergesetz</b> &gt; Vereine, Projekte und Initiativen langfristig fördern und schützen</p> <p><b>Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ausbauen</b> &gt; Präventionsprojekte auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene fördern</p>	<p><b>Jugendverbände mit Verbandsklagerecht</b> gegenüber Kommunen stärken</p> <p><b>politische Bildung als Querschnittsaufgaben in Kitas, Schulen und Jugendhilfe</b> konzeptionell und finanziell stärken</p> <p>S. 99 niedrigschwellige <b>Beteiligungsgremien wie Kinder- und Jugendparlamente, insbesondere auf kommunaler Ebene, stärken</b></p> <p><b>Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Demokratiebildung verlässlich unterstützen</b></p> <p>S. 178 <b>Wahlalter</b> für Bundestags- und Europawahlen in der kommenden Legislaturperiode <b>auf 16 Jahre absenken</b>.</p> <p>S. 178 ff. <b>Bürger*innenräte schaffen</b> &gt; bei ausgewählten Themen Alltagsexpertise von Bürger*innen direkter</p>	<p><b>Rechte der Senior*innenvertretungen ausbauen</b> und bundeseinheitlich stärken</p> <p>eigenständiges <b>Teilhabegesetz</b> für Senior*innen mit Rechtsanspruch auf volle soziale Teilhabe</p> <p>S. 50 Lernende, Lehrende und Eltern sollen <b>über Schule mitentscheiden</b> können</p> <p>S. 136 <b>Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und alle öffentlich-privaten Partnerschaften stoppen</b></p> <p>alle <b>Privatisierungsvorhaben</b> den Bürger*innen <b>zur direkten Abstimmung per Volksentscheid</b> vorlegen</p> <p><b>Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene</b> einführen</p> <p><b>Einführung von Referenden</b> ein, d.h. die</p>	<p><b>Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre</b> für Wahlen zum Deutschen Bundestag und Europäischen Parlament</p>



VOLKSSOLIDARITÄT				<b>DIE LINKE.</b>	
		<p>innerhalb und außerhalb der schulischen Bildung <b>verstärkter und einfacherer Zugang zu politischen Bildungsmöglichkeiten und Demokratieförderung</b></p> <p>gesetzlichen <b>Bildungsurlaub</b> nutzen können, um sich für <b>ehrenamtliches Engagement</b> freistellen zu lassen</p>	<p>in Gesetzgebung einfließen lassen &gt; erarbeiten Handlungsempfehlungen und Impulsen für öffentliche Auseinandersetzung und parlamentarische Entscheidungen</p> <p><b>digitales Portal für die aktive Beteiligung</b> an der Gesetzgebung einführen</p> <p><b>Petitionsrecht</b> zu einem leicht zugänglichen Instrument für bessere Mitwirkung am demokratischen Prozess <b>ausbauen</b></p> <p>S. 181 <b>Engagierte Menschen</b>, vor allem Ehrenamtler*innen gegen Einschüchterung und Kriminalisierung <b>absichern</b></p> <p><b>Demokratieförderungsgesetz</b> &gt; <b>Engagement</b> nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch <b>finanziell absichern</b></p> <p><b>Arbeit politischer Stiftungen verbindlicher und transparenter regeln</b> &gt; eigenständige</p>	<p>Bürger*innen können gegen parlamentarische Entscheidungen ein Veto einlegen</p> <p><b>Bürger*innenräte</b>, wozu zufällig geloste Menschen aus der Mitte der Gesellschaft Lösungen und Fragestellungen entwerfen, <b>unterstützen und fördern</b></p> <p><b>Petitionsrecht</b> als Bürgerrecht weiter <b>ausbauen</b></p> <p><b>Absenkung des Wahlalters</b> in allen demokratischen Entscheidungsprozessen auf europäischer, Bundes-, Länder- und Kommunalebene auf 16 Jahre</p>	

VOLKSSOLIDARITÄT					
			<p>gesetzliche Grundlage schaffen</p> <p>S. 182 für <b>Klarheit und Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht</b> sorgen</p> <p><b>Gemeinnützigkeit zusätzlicher Zwecke</b> wie des Friedens, der Durchsetzung der nationalen und internationalen Grund- und Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Durchsetzung des Sozialstaatsgebotes und allgemein der gleichberechtigten Teilhabe und der Bekämpfung von Diskriminierung <b>anerkennen und stärken</b></p> <p><b>Einführung einer Demokratieklausele</b>, damit sich Vereine aktiv an gesellschaftlichen Debatten beteiligen können</p> <p><b>Beweislastumkehr</b> in § 51 Absatz 3 Abgabenordnung <b>abschaffen</b></p> <p><b>Gemeinnützigkeitsregister</b> und einfach handhabbare</p>		

VOLKSSOLIDARITÄT					
			<p>Transparenzpflichten sowie Regeln zur <b>Offenlegung der Spendenstruktur</b></p>		
<p><b>10. Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit</b></p>					
<p>S. 11 <b>Stärkung einer gemeinwohlorientierten und öffentlichen Wohnungsbe- wirtschaftung</b></p> <p>neue <b>Wohnungsgemeinnützigkeit</b> schaffen</p> <p>&gt; jährlich mindestens 100.000 Sozialwohnungen mit dauerhafter Sozialbindung</p> <p>&gt; Kommunen in der Wohnungs- und Baupolitik stärken</p> <p>&gt; gemeinwohlorientierte Wohnbauvorhaben fördern</p> <p><b>Schutz vor Wohnungslosigkeit, steigenden Mieten und Verdrängung</b></p> <p><b>Infrastruktur im Wohnumfeld</b>, für Bedarfe aller Generationen</p>	<p>S. 123 setzen <b>nicht</b> auf Eingriffe, wie den <b>Mietendeckel</b></p> <p>mehr als <b>1,5 Millionen neue Wohnungen</b> bis 2025</p> <p>S. 124 <b>sozialen Wohnungsbau weiter fördern und Wohngeld ab 2022 regelmäßig anpassen</b></p>	<p>S. 37 bezahlbaren Wohnraum erhalten und neuen schaffen &gt; <b>Neubau von 100.000 Sozialwohnungen jährlich</b></p> <p>neue <b>Wohnungsgemeinnützigkeit einführen</b></p> <p><b>befristetes Mietmoratorium in angespannten Wohnlagen</b> einführen &gt; Mieten können für bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden</p> <p><b>Mietwucher wirksam unterbinden, Mietpreisbremse entfristen</b> und Schlupflöcher schließen</p> <p>Betrachtungszeitraum von <b>Mietspiegeln auf acht Jahre</b> verlängern und die <b>Möglichkeiten für Eigenbedarfskündigungen reduzieren</b></p>	<p>S. 130 ff. <b>Recht auf Wohnen ins Grundgesetz</b> aufnehmen</p> <p><b>Mittel für sozialen Wohnungsbau erhöhen und verstetigen</b></p> <p>Kommunen unterstützen, ihre <b>bestehenden Wohnungsgesellschaften zu stärken und neue zu gründen</b></p> <p><b>Bundesprogramm „Neue Wohnungsgemeinnützigkeit“</b> für eine Million zusätzliche, günstige Mietwohnungen auf Dauer in den Ballungsräumen</p> <p><b>bundeseigenen Bestände nicht mehr an private Investor*innen veräußern</b>, sondern ausschließlich verbilligt an Kommunen mit dauerhafter Sozialbindung abgeben</p>	<p>S. 40 f. <b>Mietendeckel</b> im gesamten Bundesgebiet, <b>Mietenstopp für bestehende Mietverträge, besonders hohe Mieten absenken</b></p> <p>Einführung einer <b>neuen Wohnungsgemeinnützigkeit</b></p> <p>S. 41 <b>prozentualen Mindestanteil von Sozialwohnungen</b>, um Mischung der Viertel sicherzustellen</p> <p><b>50 % des Wohnungsmarktes in öffentlicher und gemeinnütziger Hand</b></p> <p>weitgehendes <b>Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen</b></p> <p>Kündigung wegen <b>Eigenbedarf nur noch für die engste Familie;</b></p>	<p>S. 64 gesamte soziale Wohnraumversorgung soll sich am potenziellen Mieter*innen und <b>nicht nur am Bau von neuen Sozialwohnungen orientieren</b></p> <p>zahlungsschwachen Wohnungssuchenden den <b>Zugang zum freien Wohnungsmarkt mithilfe des Wohngeldes erleichtern</b></p> <p>Berechtigung auf Bezug einer <b>Sozialwohnung auf jene begrenzen, die auf freiem Wohnungsmarkt erfolglos bleiben</b></p>

VOLKSSOLIDARITÄT					
		<p>in angespannten Wohnlagen <b>Erwerb von Genossenschaftsanteilen erleichtern</b></p> <p><b>Mietkaufmodelle fördern</b>                      &gt; <b>Programm „Jung-Kauft-Alt“</b> für Erwerb von Bestandsimmobilien insbesondere in vom Leerstand betroffenen Ortskernen</p>	<p><b>Bestand an Sozialwohnungen</b> in den nächsten zehn Jahren <b>um eine Million erhöhen</b></p> <p><b>Mietobergrenzen</b> im Bestand mit einem Bundesgesetz ermöglichen, <b>Mietpreisbremse entfristen</b> und nachschärfen</p>	<p>vorgetäuschter Eigenbedarf <b>bestrafen</b>; kein Eigenbedarf bei Menschen über 70 Jahren, Alleinerziehende</p> <p><b>Kündigungsschutz</b> verbessern, Milieuschutz ausweiten</p> <p>S. 43  <b>Anti-Spekulations-Gesetz</b> &gt; Wohnraum darf kein Spekulationsobjekt an der Börse sein</p> <p>S. 44  <b>Wohngeld erhöhen</b> und umbauen</p> <p><b>Räumung in die Wohnungslosigkeit</b> verbieten</p> <p><b>Recht auf Wohnen ins Grundgesetz</b> aufnehmen</p>	